

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Auseinandersetzungen im Norden

Auch nach mehr als einem Jahr geht die Offensive der Armee unter dem Codenamen 'Jaya Sikuru' mit unverminderter Härte und hohem Zoll an Menschenleben auf beiden beteiligten Seiten weiter. Nach offiziellen Angaben der Regierung wurden allein seit dem 28. Mai, nachdem eine neue Phase in den Auseinandersetzungen begann, fast 220 Soldaten getötet, 63 werden vermisst und über 1.300 Soldaten wurden verletzt. Die gleichen Quellen sprechen von 225 getöteten und 600 verletzten LTTE-Kadern.

Die Auseinandersetzungen drehen sich weiter um die Eroberung von Mankulam, der letzten größeren Siedlung auf der Verbindungsstraße von Vavuniya nach Jaffna, die seit Beginn der Militäroffensive im Zentrum des Interesses liegt. Neben unerwartetem Widerstand seitens der LTTE stockte in den vergangenen Monaten nicht nur der Vormarsch der Regierungstruppen, es sind jedoch

auch zunehmend Rückschläge zu beklagen gewesen. Seit Anfang Juni mehren sich auch Hinweise darauf, daß bereits seit langem durch die Armee kontrollierte Gebiete, wie beispielsweise die Stadt Kilinochchi durch die LTTE zurückerobert worden sei und nun Armeesoldaten vergeblich versuchen, diese Rückschläge zu kompensieren. Vieles hiervon basiert nur auf indirekten Informationen, da die Regierung nach dem Bekanntwerden erster negativer Berichte eine umfangreiche Pressezensur ausübt (siehe unten). Offizielle Stellen sprechen seitdem nur von verschiedenen erfolgreichen Armeoperationen und hohen Verlusten auf Seiten der LTTE.

Gewalt im Lande

Entlang der Ostküste häufen sich Anschläge auf Transformatoren des Elektrizitätsnetzes. Mutmaßlich durchgeführt von LTTE-Angehörigen, wurden in jüngster Zeit mindestens 70 Transformatoren zerstört oder beschädigt. Jedes die-

ser Geräte hat einen Wert von umgerechnet mehr als 15.000 DM.

In Kaluwanchikudy, einem kleinen Ort in der Nähe von Batticaloa an der Ostküste entdeckte die Polizei Anfang Juni einen Sprengsatz, der in der dortigen Telefonvermittlungsstelle deponiert war, aber noch vor der Detonation von Spezialisten entschärft werden konnte.

Nachdem auch im Süden des Landes Anschläge auf Telefonzentralen stattgefunden haben, macht sich das Verteidigungsministerium Gedanken um zusätzliche Bewachung von Telefon- und Elektrizitätsanlagen. Sicherheitskräfte lassen sich aufgrund des Personalmangels praktisch nicht dafür einsetzen. Spekulationen gibt es auch über die Urhebererschaft. Vermutungen gibt es sowohl hinsichtlich einer Täterschaft der LTTE, wie auch der sinhalesischen 'Janatha Vimukthi Peramuna' (JVP), genaue Erkenntnisse gibt es aber offensichtlich nicht. Immerhin geben die Behörden zu, daß es sich bei diesen Anschlägen um die ernsthafteste Bedrohung wirtschaft-



Nur mit massiver Militärpräsenz kann Jaffna von der Regierung gehalten werden. Die südlichen Vanni-Gebiete sind jedoch hart umkämpft (Foto: Archiv)

licher Ziele seit der JVP-Kampagne zwischen 1987 und 1989 handelt.

Eine schwere Bombenexplosion ereignete sich am 1. Juni auch in einer stillgelegten Teefabrik bei Hatton. Zwei unbekannte Angreifer hatten sich Zugang zu dem Gelände des 'Shannon Estate' verschafft und den Fabrikleiter bedroht. Obwohl auch andere Mitarbeiter der Plantage herbeieilten, konnten die Täter die Bombe zünden und dann im allgemeinen Durcheinander ungehindert flüchten.

Personalmangel der Streitkräfte

Nach dem schon im April auf Regierungsseite neue Stimmen für die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht laut wurden, haben auch zwei weitere Amnestieangebote gegenüber Deserteuren nur begrenzten Erfolg gebracht. Nachdem eine erste fünftägige Frist zur freiwilligen Rückkehr von Deserteuren zu ihren Armeestützpunkten verstrichen war, begannen massive Fahndungs- und Verhaftungsaktivitäten der Sicherheitskräfte, bei der 1.800 Personen festgenommen wurden. Auf Intervention mehrerer religiöser Führer wurde am 24. Mai schließlich nochmals eine 18stündige Amnestie ausgerufen, während der sich offiziell über 4.400 Deserteure wieder zum Dienst meldeten. Offizielle Quellen geben die Zahl der desertierten Armeeangehörigen mit über 15.000 an. Das ohnehin kritische Personalproblem der Streitkräfte hat sich durch die massiven Verluste der jüngsten Militäroperationen noch verstärkt.

Neue Pressezensur

Unmittelbar nachdem neue Gerüchte über militärische Rückschläge der Armee im Norden des Landes nach Colombo drangen, rief die srilankische Regierung am 5. Juni eine neue Pressezensur aus, der die gesamte Berichterstattung bzgl. militärischer Vorgänge im

Land unterliegt. Das Verteidigungsministerium erklärte, daß es allen Medien verboten sei, Nachrichten über Militär, Polizei und die 'Special Task Force' (STF) zu verbreiten. Weiterhin sind keinerlei Äußerungen zum öffentlichen Verhalten von Vorgesetzten aus den genannten drei Einheiten der Sicherheitskräfte erlaubt. Die Zensur galt zunächst gleichermaßen für lokale wie auch ausländische Medien, wurde dann aber für internationale Berichtersteller wieder gelockert. Offizieller Grund für diesen Schritt ist die "unverantwortliche Art der Berichterstattung über den Krieg in Teilen der Medien". Zum erste Mal wird ein direkter Angehöriger des Militärs, Mayor General Jaliya Nammuni, mit der Aufgabe einer Kontrolle der Zensurmaßnahmen beauftragt.

Das 'Free Media Movement' (FMM), eine Organisation, die seit längerem für eine freie und unbeeinflusste Pressearbeit in Sri Lanka arbeitet, hat die neuen Zensurmaßnahmen als Verletzung der demokratischen Rechte der Menschen scharf verurteilt. "Die Regierung hat ihre eigenen Wahlversprechen gebrochen", heißt es in einer Erklärung des FMM. "Wir glauben, daß es bei dieser Zensur nur darum geht, den Menschen im Land die Wahrheit über den Krieg vorzuenthalten (...) Die Erfahrungen früherer Zensurmaßnahmen haben gezeigt, daß die Menschen trotzdem in der Lage sind, Informationen über die tatsächlichen Vorgänge des militärischen Konflikts zu erhalten." Das FMM vermutet neben der militärischen Komponente aber auch mögliche Einflußnahme der Regierung im Hinblick auf die bevorstehenden Provinzwahlen. Auch andere Mediengruppierungen sowie die UNP, größte Oppositionspartei im Parlament, haben die Notwendigkeit einer Zensur bezweifelt.

Anschlag auf Journalisten

Das Haus des Herausgeber der srilan-

kischen Wochenzeitung 'Sunday Leader', Lasantha Wickrematunge, wurde am späten Abend des 17. Juni von bisher unbekanntem Attentätern beschossen. Der Journalist und seine Familie befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Gebäude, wurden aber nicht durch die Schüsse verletzt. Die Polizei fand bei Untersuchungen mehr als 30 Patronenhülsen, mehrere Fahrzeuge vor dem Gebäude wurden beschädigt.

Der 'Sunday Leader' hatte sich gerade in den letzten Monaten immer wieder kritisch mit der Politik der derzeit regierenden 'Peoples Alliance' auseinandergesetzt. In jüngster Zeit gab es mehrere Berichte auf den Titelseiten der Zeitung die sich mit einem möglichen Amtsmissbrauch durch den Minister für Medien und Telekommunikation, Mangala Samaraweera, beschäftigten. Dieser gab zwar zu, daß er die vom 'Sunday Leader' praktizierte Art des Journalismus ablehne, aber gleichzeitig verdammt er ausdrücklich den Überfall auf Wickrematunge und seine Familie.

Notstandsgesetze weiter in Kraft

Mit einer Mehrheit von 22 Stimmen hat das srilankische Parlament jetzt eine Fortsetzung der bestehenden Notstandsgesetzgebung beschlossen. 109 der 225 Parlamentsmitglieder stimmten für eine entsprechende Entscheidung, 87 dagegen. Die ablehnenden Stimmen kamen vor allen Dingen von der oppositionellen 'United National Party (UNP), der 'Tamil United Liberation Front' (TULF) und der 'Peoples Liberation Organisation of Tamil Eelam' (PLOTE). Die Notstandsgesetze geben den Sicherheitskräften erweiterte Handlungsfreiheiten, sie werden seit Jahren, vor allen Dingen durch Menschenrechtsorganisationen, heftig kritisiert.

Kriminalität

Ein leitender Polizist, Assistant Su-

Fotoausstellung "Frauen in Sri Lanka" in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Im Rahmen ihrer Veranstaltungen zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit Sri Lankas zeigt die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn eine Fotoausstellung zum Thema "Frauen in Sri Lanka". Auf etwa 90 großformatigen Farb- und Schwarz-Weiß-Fotos hat der Frankfurter Bildjournalist Wonge Bergmann Frauen in Situationen des täglichen Lebens dargestellt, im privaten Bereich ebenso wie im Berufsleben, von der einfachen Teepflückerin bis zur Hochschullehrerin und der Soldatin in der militärischen Ausbildung.

Zur Eröffnung der Ausstellung am 14. Mai 1998 sprach Frau Kamalini Wijayatillake, Vorstandsmitglied des 'Centre for Womens Research' (CENWOR) in Colombo, über die gesellschaftliche Rolle der Frau in Sri Lanka. Sie stellte fest, daß zwar schon viel erreicht worden sei, daß aber noch viel getan werden müsse, um die gesellschaftliche und vor allem die rechtliche Gleichstellung der Frauen zu verwirklichen.

Wonge Bergmann verwies auf die Tatsache, daß es im Fotojournalismus in Sri Lanka bisher keine einzige Frau gibt. Er plädierte für die verstärkte Förderung von Frauen im Bereich der journalistischen Ausbildung.

Die Ausstellung wird noch etwa bis Anfang Juli im Foyer der Friedrich-Ebert-Stiftung zu sehen sein. Anschließend soll sie als Wanderausstellung in Sri Lanka gezeigt werden.

Horst Büscher

Schweiz - Schweiz - Schweiz - Schweiz -

Suchmeldung

amnesty international (ai) versucht seit Jahren vergeblich, das Schicksal von Vythalingam Vilvaraj aufzuklären, der 1995 in Sri Lanka "verschwunden" ist. Er hat mehrere Jahre in der Schweiz gelebt und befand sich gerade auf dem Weg von Vavuniya nach Colombo, um sein Gepäck abzuholen, das er aus der Schweiz mitgebracht hatte, als Sicherheitskräfte den Zug durchsuchten, in dem er sich befand, und ihn festnahmen. Seit dem 17. Juni 1995 fehlt jede Spur von ihm. ai ist daran gelegen zu erfahren, an welchen Orten Vythalingam Vilvaraj in der Schweiz gelebt hat und unter welchen Umständen er nach Sri Lanka zurückgekehrt ist. Alle, die etwas zu seiner Person sagen können werden gebeten, sich mit amnesty international, Gruppe Köln 1186, Smail Ropic, Münstereifeler Str. 23, 50937 Köln, in Verbindung zu setzen.

perintendent Sabaratnam Shanthikumar, wurde kürzlich Opfer bei der Explosion einer Granate, die Unbekannte in sein Auto geworfen hatten. Shanthikumar war in der Vergangenheit für die Verhaftung zahlreicher Drogenhändler in Colombo verantwortlich und hatte im Zusammenhang mit der Untersuchung der Aktivitäten von Straßenbanden im Norden Colombos wiederholt telefonische Drohungen erhalten.

Mordpläne wurden gegen Kandidaten der bevorstehenden Wahlen der Provinzräte bekannt. Die Polizei hat aufgrund dieser Gerüchte mit Verhaftungen gegen einschlägig vorbestrafte Personen begonnen.

Eine 17jährige deutsche Touristin wurde am Vormittag des 4. Juni in Galle überfallen und vergewaltigt. Bei dem mutmaßlichen Täter handelt es sich um einen desertierten Armeeingehörigen.

Universitätsreformen

Durch das Ministerium für Ausbildung wurde jetzt eine Kommission ernannt, die sich mit der Umsetzung von Empfehlungen der 'Presidential Task Force' von Reformvorschlägen für die Ausbildung an den Universitäten des Landes beschäftigen soll. Die Vorschläge umfassen im wesentlichen die folgenden Aspekte:

- Diversifizierung von Kursen und Lehrplänen sowie die Einführung von kontinuierlichen Bewertungsverfahren,
- Modulares System der Universitätsausbildung,
- Kombinationsmöglichkeiten von Fächern über Grenzen von Abteilungen und Fakultäten hinweg,
- engere Verflechtung von Kursen mit realer Arbeitswelt,
- Weiterbildung der akademischen und nicht-akademischen Beschäftigten und regelmäßige Leistungskontrolle.

Geiselnahme am Colombo-Campus

Aufgebrachte Studenten der Kunstfakultät an der Universität von Colombo nahmen am 4. Juni den Dekan der Fakultät sowie mehrere Universitätsbedienstete in Geiselhaft, um damit gegen angebliche Unregelmäßigkeiten bei einer

Wahl von Studentengremien zu protestieren. Sie forderten eine Annullierung der Wahlergebnisse und Wiederholung der Wahlen. Die Forderungen wurden vor allen Dingen von Anhängern der 'Common Students Union' (eine der 'Janatha Vimukthi Peramuna', JVP, nahestehende Gruppe) erhoben, die erklärte, daß zwölf Personen ihre Stimme ohne Legitimation abgegeben hätten.

Die Polizei befreite am nächsten Tag den Dekan und nahm gleichzeitig etwa 100 Studenten fest. 105 Studierende wurden vom Universitätsbetrieb bis zum 10. Juni ausgeschlossen. Eine eigens eingesetzte Kommission untersuchte den erhobenen Vorwurf des Wahlbetrugs und entschied schließlich, daß die Wahl gültig sei.

Geberländer und Weltbank erneut großzügig

Nach einer zweitägigen Zusammenkunft von Weltbank, Geberländern und offiziellen Vertretern der srilankischen Regierung wurde am 27. Mai in Paris bekannt, daß Sri Lanka in diesem Jahr insgesamt rund 1,4 Milliarden DM an finanzieller Hilfe erhalten soll. Der Betrag liegt damit deutlich höher als erwartet. Vertreter der Geberländer äußerten zugleich "tiefe Besorgnis" über die Perspektiven zu einer kurzfristigen Beendigung des Krieges im Lande. Sie beklagten den zunehmenden negativen Einfluß der Kriegshandlungen auf das gesamte Land.

In einer Pressekonferenz sagte der stellvertretende Finanzminister Sri Lankas, G.L. Peiris, daß es ein ausdrücklicher Wunsch der Geldgeber gewesen sei, einen wesentlichen Teil des Geldes für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten nördlichen und östlichen Landesteile einzusetzen. Mit oberster Priorität sollen Krankenhäuser, Schulen und die Versorgungssysteme für Wasser und Elektrizität wiederhergestellt werden. Für den Fall einer Friedenslösung stellten die Geberländer weitere Hilfen in Aussicht.

Der jetzt bewilligte Geldbetrag ist zwar um 126 Millionen DM niedriger als noch im letzten Jahr, liegt aber deutlich über einer erwarteten Summe von 1,25 Milliarden DM. Die großzügige Entschei-

dung ist wohl vor allen Dingen Japan zu verdanken, deren Regierung, so G.L. Peiris, "ausrückliche Genugtuung gegenüber dem Erfolg gefunden hat, mit dem die srilankische Regierung bisher schwierige Probleme bewältigt hat".

Wirtschaft und Privatisierung

Die srilankische Eisenbahn plant, ihre Schienenwege privaten Unternehmen zur Abwicklung von Gütertransporten zur Verfügung zu stellen. Über die Höhe einer entsprechenden Nutzungsgebühr wird derzeit noch verhandelt. 'Sri Lanka Railway' erhofft sich von dieser Maßnahme eine Verbesserung der Ertragslage, in der letzten Zeit hatte sich ihr Marktanteil an den Gütertransporten gegenüber anderen Verkehrsmitteln (vor allen Dingen LKW) rapide verringert.

Die traditionsreiche 'Ceylon Hotel Corporation' (CHC) steht zum Verkauf an. Auch hier ist man zunächst im Stadium, die genauen Modalitäten einer Veräußerung an private Hände festzulegen. Es gibt Anzeichen, daß 'Emirates Airlines', die Fluglinie der Vereinigten Arabischen Emirate, die jüngst einen 40prozentigen Anteil an 'Airlanka' übernahm, auch Interesse an der CHC haben könnte.

Gesundheitssorgen

Ab dem 1. Januar 1999 darf in allen srilankischen Medien (Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen) keinerlei Werbung mehr für Tabakwaren und alkoholische Getränke mehr gemacht werden. Die meisten der Raucher in Sri Lanka kommen aus den ärmeren Schichten der Gesellschaft, in denen Familien oft weniger als 55,- DM im Monat verdienen. Mehr als 12.000 Menschen sterben jedes Jahr an Krankheiten, die mit dem Tabakkonsum im Zusammenhang stehen.

Das 'Health Education Bureau' hat auf eine ansteigende Zahl von Dengue-Fieber-Erkrankungen gewarnt. Allein seit dem Jahresbeginn wurden 46 Fälle dieser tropischen Krankheit gemeldet. Mit der jetzt beginnenden Monsunregenzeit kann sich die Gefahr einer Erkrankung deutlich erhöhen.

Der Umstand, daß es zum erstenmal in Indien nach der Unabhängigkeit einer nicht-säkularen Strömung und ihren Anhängern gelungen ist, eine Regierung zu bilden, die zumindest gegenwärtig den Test eines Mißtrauensvotums in der Lok Sabha bestanden hat, hat weitreichende Auswirkungen für Indien und all seine Nachbarn in der südasiatischen Region. Diese Entwicklung deutet an, daß die BJP mit ihrer Version einer hindu-nationalistischen Politik, genannt "Hindutva", wenigstens für die nächsten zwei oder drei Jahrzehnte eine mächtige politische Kraft in Indien darstellen wird. Die Partei, die bei den Wahlen von 1985 lediglich zwei Sitze erringen konnte, verfügt jetzt über 178 Sitze und hat zusammen mit einer buntgemischten Gruppe von Vor- und Nachwahlkoalitionspartnern eine Regierung zusammengeschustert.

Die Übernahme der Regierung durch die rechtsgerichtete hindunationalistische 'Bharatiya Janata Party' (BJP) in Neu Delhi hat erwartungsgemäß gemischte Reaktionen im benachbarten Sri Lanka hervorgerufen. LTTE Propagandisten haben, im Hinblick auf den Umstand, daß der LTTE nahestehende politische Parteien mit der BJP koalieren, die neue Regierung optimistisch begrüßt und verkündet, daß eine Änderung der indischen Politik gegenüber Sri Lanka im allgemeinen und gegenüber der LTTE im besonderen unvermeidbar sei. Sri Lankas Außenminister Lakshman Kadirgamar war in seinen Bemühungen, diesen Standpunkten entgegenzutreten und die Befürchtungen der Sinhalesen zu verringern, der erste ausländische Politiker, der Neu Delhi nach den Wahlen besuchte, mit BJP Führern zusammentraf und von diesen Zusicherungen erhielt, daß es keine Richtungsänderung zugunsten der LTTE geben werde. In Anbetracht dieser Aussichten ist es an der Zeit, die kurz- und langfristigen Auswirkungen des Aufstiegs der BJP auf die Politik und den Bürgerkrieg in Sri Lanka zu untersuchen.

Im ersten Beitrag, der vor den indischen Atomtests geschrieben wurde, geht der in Kanada lebende Journalist D.B.S. Jeyaraj der Frage nach, inwieweit es zu einer Änderung der indischen Sri Lanka Politik kommen könnte. Der zweite Beitrag von Rudramurthy Cheran geht noch einen Schritt weiter und untersucht die Auswirkungen, die die indischen Atomversuche auf die Sri Lanka Politik haben könnten.

Das neue BJP Regime und sein Einfluß auf die tamilisch nationalistische Bewegung

von D.B.S. Jeyaraj

Was die kurzfristigen Implikationen betrifft, so ist die unmittelbare Frage augenscheinlich, ob die gegenwärtige Politik Indiens gegenüber Sri Lanka, insbesondere in Hinblick auf die ethnische Krise und den Bürgerkrieg, drastischen Veränderungen unterworfen sein wird. Die Indo-Lanka Vereinbarung von 1987, der Konflikt zwischen den im Anschluß stationierten Soldaten der 'Indian Peace Keeping Forces' (IPKF) und der LTTE, der Fall der von Indien installierten 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front'-Verwaltung im Nord-Osten Sri Lankas, das Attentat auf Rajiv Gandhi in Indien, der Amtsantritt Chandrika Kumaratunga als Präsidentin Sri Lankas, der Zusammenbruch der Friedensverhandlungen und die Wiederaufnahme der kriegerischen Auseinandersetzungen in Sri Lanka, die Verkündung der Gujral Doktrin, die für eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Nachbarstaaten eintritt usw. sind alles Faktoren, welche die Beziehungen zwischen Indien und Sri Lanka beeinflußt haben.

Politik des Hände-weg

Vorbei sind die Mit-Achtziger, als Indien bewußt eine sympathisierende Haltung gegenüber den Tamilen Sri Lankas einnahm und versuchte, eine politische Lösung mit der größtmöglichen Dezentralisierung innerhalb eines einheitlichen Sri Lankas zu erreichen. Heute hat Indien, nachdem es sich in seiner gutgemeinten interventionistischen Phase die Finger verbrannt hat, eine Politik der Nichteinmischung angenommen. Indien ist immer noch zu einer politische Lösung des Konflikts innerhalb eines einheitlichen Sri Lanka bereit, wird sich vermutlich aber nicht mehr an Aktivitäten zum Herbeiführen dieses Ziels beteiligen. Indien hat in letzter Zeit keinerlei Interesse gezeigt, als Schlichter oder Vermittler im Sri Lanka Konflikt aufzutreten.

Stattdessen ist eine Haltung Indiens gegen die LTTE und zugunsten der Regierung in Colombo zu beobachten. In diesem Punkt unterscheidet sich Indien nicht von verschiedenen westlichen Nationen, die auch den gleichen Pro-Regierung und Anti-LTTE Standpunkt eingenommen haben. Diese Haltung resultierte hauptsächlich aus dem Scheitern der Gespräche zwischen der Regierung und der LTTE, der einseitigen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die LTTE und den Bemühungen der Kumaratunga-Verwaltung, ein Bündel von Dezentralisierungsmaßnahmen einzuführen. Im Falle Indiens haben auch die Kämpfe zwischen IPKF und LTTE sowie die Ermordung Rajiv Gandhis auf indischem Boden eine Rolle gespielt. Als Ergebnis hat Indien die LTTE verboten und unterstützt unauffällig die Bemühungen Colombos, diese zu bekämpfen.

Auch die öffentliche Meinung in Indien, insbesondere im Bundesstaat Tamil Nadu, ist nicht mehr zugunsten der LTTE eingestellt. Das kürzlich verkündete Urteil von 26 Todesstrafen, die gegen die 26 LTTE-Angeklagten im Rajiv Gandhi Mordprozeß verhängt wurden, hat trotz der Härte der Strafe im Bundesstaat keinen großen Aufschrei ausgelöst.

Eine unerfreuliche Begleiterscheinung dieses Zustands ist das faktische Desinteresse Indiens gegenüber der Not der Tamilen in Sri Lanka. Die Unfähigkeit, zwischen "Tamilen"